

Preußische Quellen zum höheren Schulwesen in Kassel

Stefan Hartmann

In der Repositor 76 „Preußisches Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten“ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin liegen einige Akten vor, die von der bisherigen Forschung nicht ausgewertet worden sind. Sie sollen daher die Grundlage des vorliegenden Beitrags bilden. Nach der preußischen Annexion des Kurfürstentums Hessen im Jahre 1866 wurde dieses mit dem Herzogtum Nassau und der Freien Stadt Frankfurt in der Provinz Hessen-Nassau vereinigt. An der Spitze der Provinzialverwaltung stand der Oberpräsident mit dem Sitz in Kassel. Ihm war auch das neugeschaffene Provinzialschulkollegium unterstellt, das die Aufsicht über den Unterrichtsbetrieb der höheren Schulen unmittelbar ausübte. Zentrale Instanz für das höhere Schulwesen war das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Berlin, das kurz als „Kultusministerium“ bezeichnet wird¹. In dessen Unterrichtsabteilung liegen sieben Akten vor, die Aufschluß über die Organisation und Personalstruktur des Provinzialschulkollegiums zwischen 1868 und 1910 geben². Die meisten Informationen betreffen hier die Lage des höheren Schulwesens in der gesamten Provinz Hessen-Nassau, die Bereisungstätigkeit der Provinzialschulräte, die Höhe des dieser Behörde zustehenden Etats, die Büro- und Verwaltungskosten und die Personalien der dort tätigen Beamten.

Als Beispiel sei der Provinzialschulrat Dr. Rumpel erwähnt, dem 1880 für „hervorragende Tüchtigkeit im Amte“ der Rote Adlerorden III. Klasse mit Schleife verliehen wurde. Desgleichen finden sich Hinweise über die drei Jahre später erfolgte Pensionierung Rumpels mit dem Charakter als „Geheimer Regierungsrath“ und über die Ernennung des zuvor in Schleswig tätig gewesenen Dr. Lahmeyer zu seinem Nachfolger.

Stärker auf die Verhältnisse in Kassel bezogen ist eine Akte über „die Bauten bei dem Provinzialschulkollegium zu Cassel“ aus den Jahren 1924–1932³. Erwähnenswert sind die Verhandlungen über die Unterbringung des Provinzialschulkollegiums in der Kasseler Kunstgewerbeschule, weil diese mit der Kunstakademie vereinigt werden sollte – sie führten allerdings zu keinem Ergebnis –, die bauliche Unterhaltung des Dienstgebäudes dieser Behörde am Wilhelmshöher Platz, die Überlassung der vom städtischen Oberlyzeum genutzten Räume des ehemaligen Lesemuseums am Ständeplatz an das Provinzialschulkollegium, falls diese durch einen Neubau des Lyzeumsgebäudes an der Wilhelmshöher Allee frei werden sollten – auch dazu kam es nicht –, und die mögliche Verwendung des sogenannten „Prinzenhauses“ in der Oberen Königstraße als Dienstsitz der Behörde. Alle diese Bestrebungen zeigen, daß die bisherige Unterbringung des Provinzialschulkollegiums in den beiden Torwachthäusern am Wilhelmshöher Platz für völlig ungenügend erachtet wurde, zumal diese durch die belebte Wilhelmshöher Allee voneinander getrennt waren. Für das Prinzenhaus sprach, daß es sowohl vom Ober-

präsidium als auch von der Regierung und vom Hauptbahnhof in sechs bis sieben Minuten zu erreichen war. Das zuständige Ministerium für Domänen, Landwirtschaft und Forsten in Berlin konnte sich der Dringlichkeit des Antrags nicht verschließen und genehmigte die Übersiedlung der Schulbehörde in die Obere Königstraße 45, die nach einigen baulichen Veränderungen des Prinzenhauses im Frühjahr 1929 realisiert wurde.

Im folgenden sollen die höheren Schulen in Kassel im einzelnen betrachtet werden.

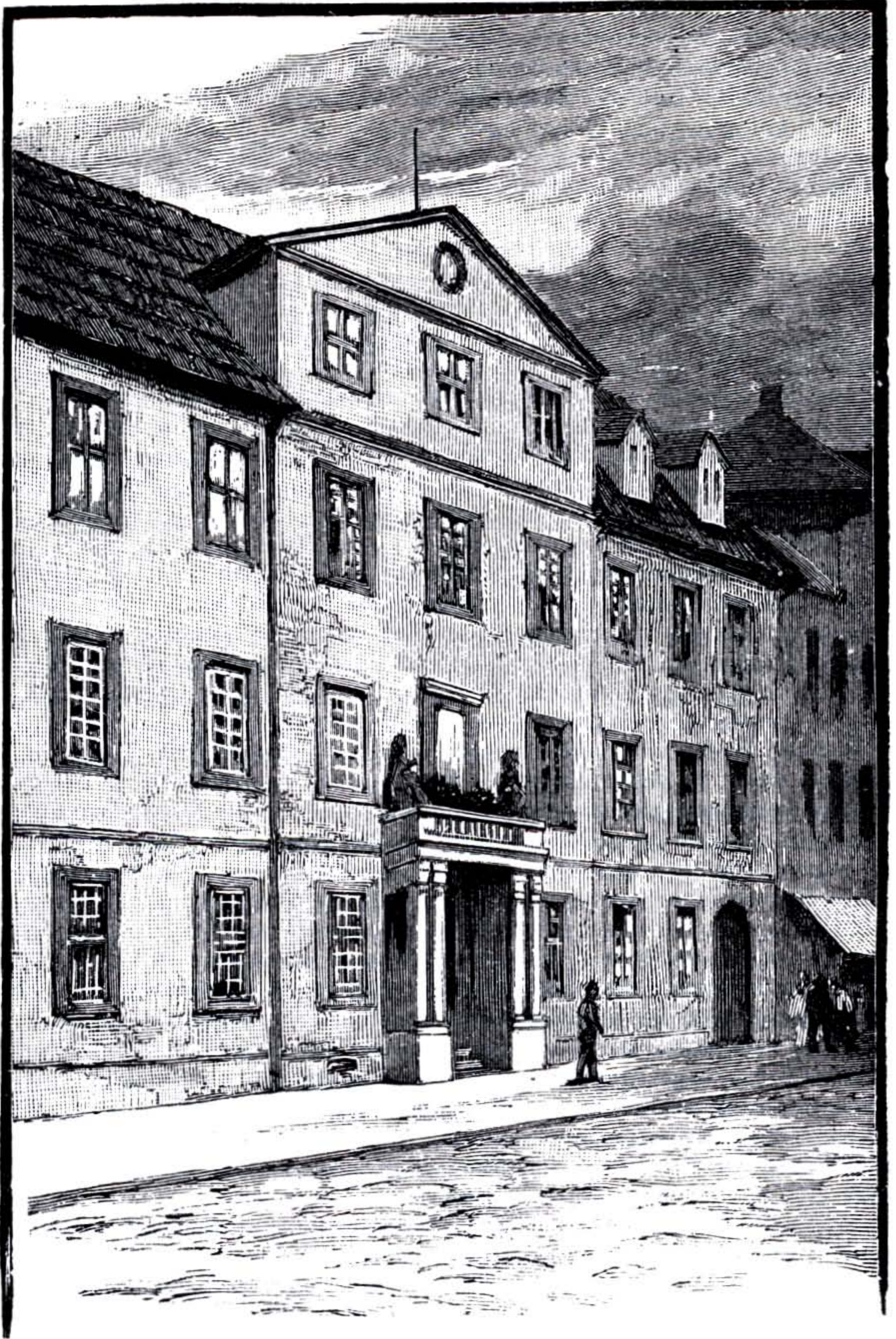
1. Friedrichsgymnasium

Vom Friedrichsgymnasium liegen zwei Akten aus den Jahren 1866–1885 vor⁴. Ein Runderlaß vom 13. März 1867 behielt die Ernennung des Direktors dem preußischen König vor. Auf sieben Lehrerstellen sollten drei etatsmäßige Oberlehrerstellen entfallen, worüber das Kultusministerium zu entscheiden hatte. Die Anstellung, Bestätigung und Beförderung aller übrigen Lehrer standen dem Provinzialschulkollegium zu. Aufschlußreich ist eine Übersicht über die Mitglieder des Lehrerkollegiums der Anstalt vom September 1868 und deren Besoldung, die nicht monatlich, sondern jährlich erfolgte. An der Spitze stand der Direktor Dr. Matthias mit einem Gehalt von 1450 Talern. Die ordentlichen Lehrer Dr. Flügel, Dr. Schimmelpfeng, Dr. Klingender, Schnorre, Dr. Casselmann, Dr. Weber, Dr. Gross, Dr. Lindenkohl, Riedel, Dr. Preime – er wechselte bald danach an die Realschule I. Ordnung über –, Dr. Auth I und Ernst bezogen je nach Anciennität 700 bis 1200 Taler. Die Hilfslehrer Zuschlag, Dr. Auth II, Dr. Hartwig, Dr. Schmidt, Uth, Heussner, Dr. Lotz und Heldmann mußten sich dagegen mit 550 bis 600 Talern begnügen. Die Erhöhung der Lehrerbesoldung hatte die Anhebung des Schulgeldes für den einzelnen Schüler auf zehn Silbergroschen zur Folge. Als erste Lehrkraft der Anstalt erhielt Oberlehrer Flügel im Juli 1869 von König Wilhelm I. das Prädikat „Professor“ verliehen, was in Preußen als besondere Auszeichnung galt. Eine Neuerung war die Abschaffung des Austrittsgeldes, das die Abiturienten bisher bei der Entlassung aus dem Gymnasium bezahlen mußten. Nach dem plötzlichen Tod des Matthias bewarben sich der Professor und erste Oberlehrer am Gymnasium zu Eisleben, Dr. Gerhardt, Dr. Fürstenau vom Gymnasium in Hanau und Dr. Collmann vom Marburger Gymnasium um die vakante Direktorenstelle des Friedrichsgymnasiums. Die Wahl des Provinzialschulkollegiums fiel indes auf den Wetzlarer Gymnasialdirektor Dr. Gideon Vogt, der als tüchtige und erfahrene Lehrkraft galt. Darin sah der älteste Oberlehrer Schimmelpfeng „eine Herabsetzung und Demütigung“, weil er früher selbst noch Lehrer von Vogt gewesen war. Er berief sich auf die Praxis in Kurhessen, die immer vom Anciennitätsprinzip bestimmt gewesen sei. Als Ausgleich für die ihm entgangene Stelle wurde Schimmelpfeng das Prädikat „Professor“ zuerkannt, wobei positiv ins Gewicht fiel, daß er sich von Anfang an „offen und entschieden für die preußische Regierung ausgesprochen“ hatte, was nach der Annexion Kurhessens 1866 nicht immer selbstverständlich war. Die Akten erhellen, daß die Lehrer des Friedrichsgymnasiums im allgemeinen ihren Aufgaben zur Zufriedenheit nachkamen. Eine Ausnahme bildete hier der Zeichenlehrer Hesse, der zuvor als Architekt bei der Bebra-Friedländer-Eisenbahn tätig gewesen war. Er ließ nicht nur „den wünschenswerten Grad allgemeiner Schulbildung vermissen“, sondern ging auch taktlos mit den Schülern um, was seine fristlose Entlassung nach sich zog. Nach einer Aktennotiz vom 14.

Dezember 1872 befanden sich in dem zum Gymnasium gehörenden Lyzealgebäude außer der Dienstwohnung des Direktors drei Familienwohnungen, die an die drei ältesten Lehrer der Anstalt vermietet waren. In jener Zeit arbeiteten die Siebertsche und die Ringelingsche Vorschule mit dem Friedrichsgymnasium zusammen, indem sie die Schüler zur Aufnahme in die Sexta vorbereiteten. Ringeling war ein der renitenten Kirche angehörender Elementarschullehrer, der aus Opposition gegen das „kürzlich neu organisierte Gesamtkonsistorium“ seine Stellung als Kantor bei der Kasseler Hof- und Garnisonkirche aufgegeben hatte.

Obwohl 1874 Oster- und Herbstklassen gebildet worden waren, glaubte das Provinzialschulkollegium nur durch die Abweisung der Aufnahme auswärtiger Schüler einer Überfüllung der Anstalt vorbeugen zu können. Diese Maßnahme lehnte jedoch das Kultusministerium mit der Begründung ab, das Friedrichsgymnasium sei nicht ausschließlich oder vorzugsweise für das Bedürfnis der Stadt bestimmt. Einen Ausweg biete lediglich eine bauliche Erweiterung des Gymnasialgebäudes, möglicherweise durch den westlich anstoßenden Hof des Fürstenhauses. Immer häufiger ist in den Aufzeichnungen der folgenden Jahre von der drückenden Enge der Anstalt die Rede, die sich auch bei den Wochenschlußandachten in der Aula bemerkbar mache. Auch die herbe Kritik des revidierenden Provinzialschulrats Rumpel an der Unterrichtsmethode des Professors Schimmelpfeng sorgte für Unruhe im Schulalltag. Schimmelpfeng habe in der Unterprima eine Rede des Thukydides interpretiert, worauf die meisten Schüler nicht vorbereitet gewesen seien. Wenn jener auch nach der Anciennität der erste Lehrer der Anstalt sei, begründe das doch keinen Anspruch, vorzugsweise in den oberen Klassen verwendet zu werden. Der gemäßregelte Professor erhob dagegen beim Kultusministerium Protest und erklärte, durch die Anwesenheit des Revisors und des Direktors seien seine Schüler befangen gewesen. Gerade die Prima b, zu deren Schülern Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm von Preußen (der spätere Kaiser Wilhelm II.) gehöre, verfolge seinen Unterricht mit lebhaftem Interesse. Eine Kränkung seiner Ehre sah Schimmelpfeng auch in der Einberufung einer Prüfungskommission, der die anderen Lehrer der Anstalt angehörten. Diese Behandlung nahm er sich so zu Herzen, daß er zwei Monate später starb. In die dadurch vakant gewordene Professorenstelle rückte Oberlehrer Dr. Weber auf, dessen Lehrmethode größeren Anklang bei Rumpel fand.

Ein in den Akten überlieferter Revisionsbericht verdeutlicht, daß Anfang 1876 300 der insgesamt 650 Schüler des Friedrichsgymnasiums Beamten- söhne waren. Besonders hervorgehoben wurde, daß Prinz Wilhelm „sowohl in seinen Antworten über Sophocles als über deutsche Literatur, insbesondere das Nibelungenlied, richtiges Verständnis und gereiftes Urtheil“ zeige. „Sein Wesen [sei] einfach und bescheiden“. Daran sollte sich indes später in seiner Zeit als Kaiser manches ändern. Anläßlich der Abiturs des Prinzen Wilhelm wurde dem Direktor Vogt der „Adler der Ritter“ des Königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen. Professor Weber, der Klassenlehrer des Prinzen, und die Oberlehrer Schnorre, Lindenkohl, Auth I, Hartwig und Heussner erhielten den Roten Adlerorden IV. Klasse. Von der Verleihung des Professorentitels an letztere sah man ab, weil dafür nicht nur die didaktische und wissenschaftliche Befähigung, sondern auch die Anciennitäts- und Rangverhältnisse maßgebend waren.



Das Liceum Fridericianum in Kassel.
Holzschnitt aus: Hermann Jahnke: Kaiser Wilhelm II. (Leipzig 1898), S. 88.

Eine in den Akten überlieferte Aufstellung verdeutlicht, daß sich im Jahre 1876 im Friedrichsgymnasium 21 Oberprimaner dem Abiturientenexamen unterzogen, von denen zwei die Prüfung nicht bestanden. Acht Abiturienten wollten Jura, sechs Medizin und zwei Philologie studieren. Hinsichtlich der Abiturientenzahl lag das Gymnasium in Kassel an zweiter Stelle unter den Gymnasien der Provinz Hessen-Nassau.

Erwähnenswert ist ein Antrag der Kasseler israelitischen Gemeinde vom 19. April 1877 auf Einführung des jüdischen Religionsunterrichts im Friedrichsgymnasium. Das Provinzialschulkollegium lehnte allerdings dieses Gesuch mit der Begründung ab, nur 14 der insgesamt 20 jüdische Schüler der Anstalt wollten am israelitischen Religionsunterricht teilnehmen, was die Einführung eines besonderen Kurses nicht rechtfertige. Das Kultusministerium in Berlin schloß sich diesem Standpunkt an. Damit blieben die Juden gegenüber den Protestanten und Katholiken, deren Kinder Religionsunterricht erhielten, benachteiligt.

Einblick in die damalige Situation des Friedrichsgymnasiums vermittelt der Revisionsbericht des Geheimen Regierungsrats Stauder vom 10. Mai 1878. Er bescheinigte zwar der Anstalt, die eine „verhältnismäßig große Zahl hervorragender Lehrkräfte“ besitze, ein erfolgreiches Wirken, bemängelte aber, daß der Direktor Vogt zu „schulmonarchisch und bürokratisch“ auftrete, was an seiner „kleinlich pedantischen Natur“ liege. Ein Lob erhielt dagegen Oberlehrer Hartwig, der in der Erklärung der Annalen des Tacitus und in der Behandlung des „Sinkens der spanischen Weltmacht“ beachtliche Lehrerfolge erzielt habe. Für besonders bedenklich hielt der Revisor den häufigen Mißbrauch des Züchtigungsrechts in den unteren und mittleren Klassen. Zu oft werde gegen die Bestimmung verstoßen, daß Körperstrafen nur mit Genehmigung des Direktors verhängt werden dürften. Stauder fühlte sich vor allem zu dieser Bemerkung veranlaßt, weil zahlreiche Eltern unter Führung des Rechtsanwalts Müller gegen das Überhandnehmen der Prügelstrafen protestiert hatten.

Auch das am 14. August 1879 begangene hundertjährige Jubiläum des Friedrichsgymnasiums findet seine Resonanz in den Akten. 1779 hatte Landgraf Friedrich II. die bisherige Stadtschule in das Lyceum Fridericianum umgewandelt und diesem den Charakter einer höheren Lehranstalt verliehen. Das dreitägige Festprogramm bestand u.a. in der Aufführung des Ödipus von Sophokles, einem Gottesdienst in der Martinskirche, einem Konzert in der Karlsaue und einem gemeinsamen Ausflug nach Wilhelmshöhe.

Die Akten schließen mit weiteren Klagen über die Raumnot und Überfüllung der Anstalt ab, die man nur durch die Einrichtung eines zweiten staatlichen Gymnasiums in Kassel zu beheben glaubte. Das änderte aber nichts daran, daß sich das Friedrichsgymnasium großer Beliebtheit bei der Kasseler Bevölkerung erfreute, wofür die zahlreichen Stiftungen und Legate, z.B. des Bibliothekars Dr. Gross, Beispiele liefern. Anläßlich der Pensionierung des langjährigen Direktors Vogt wurde eine „Gideon-Vogt-Stiftung“ ins Leben gerufen, die Wilhelm II., der selbst Schüler von Vogt gewesen war, durch allerhöchsten Erlaß genehmigte.

2. Wilhelmsgymnasium

Über diese Anstalt liegen in der Repositur des preußischen Kultusministeriums vier Akten aus den Jahren 1874–1903 vor⁵. Bereits 1874 hatte man in Berlin erkannt, daß angesichts des ständigen Wachstums der Stadt Kassel ein

Gymnasium für das dortige Bedürfnis nicht ausreichte. Anders sah das allerdings das mit dem Rotstift regierende Finanzministerium. Nach seiner Auffassung konnte das Friedrichsgymnasium trotz seiner 608 Schüler seinen pädagogischen Zweck durchaus erfüllen. Das Provinzialschulkollegium erstellte daraufhin ein umfangreiches Gutachten, in dem die wichtigsten Gründe für die Errichtung eines zweiten Gymnasiums in Kassel genannt wurden. Das Friedrichsgymnasium habe jetzt schon 18 Klassen und überschreite seinen normalen Umfang um das Doppelte. In zehn Jahren werde seine Schülerzahl auf 900 bis 1000 gestiegen sein. Die Stadt Kassel komme als Trägerin eines neuen Gymnasiums nicht in Betracht, weil sie in den letzten sechs Jahren „eine sehr umfangreiche höhere Töchterschule und eine Realschule I. Ordnung mit 14 Klassen und 3 Vorschulklassen errichtet und eine höhere Bürgerschule mit 13 Klassen und 3 Vorschulklassen“ zu unterhalten habe. Das neue Gymnasium müsse „innerhalb des neuen, im Westen entstehenden Stadttheiles oder in seiner unmittelbaren Nähe“ erbaut werden, weil die sich dort ansiedelnde wohlhabende Bevölkerung eine höhere Lehranstalt für ihre Söhne benötige. Trotz dieser überzeugenden Argumente trat jedoch das Vorhaben erst 1881 in die Realisierungsphase, wobei zunächst an die Verwendung des Gewerbeschulgebäudes gedacht wurde. Als sich dieser Plan zerschlug, entschloß man sich zu einem Neubau, dessen Kosten auf 355 000 Mark veranschlagt wurden. Er sollte 18 Klassen mit 700 Schülern aufnehmen können. Daneben waren eine Aula, ein Zeichensaal, ein physikalisches Lehrzimmer, ein Direktorzimmer, eine Turnhalle, ein Konferenzraum für 32 Lehrer und ein Raum für die Lehrerbibliothek vorgesehen. Mit der Anstalt sollten Wohnungen für den Direktor und die Pedelle verbunden sein. Aus dem zwischen dem preußischen Fiskus und der Residenzstadt Kassel am 28. Oktober 1882 geschlossenen Vertrag geht hervor, daß letztere ihr Eigentumsrecht an dem in der Königstraße gelegenen Lyzeumsgebäude und ein Grundstück am Weinberg mit einer Fläche von 5968 Quadratmetern an den Staat abtrat. Außerdem verpflichtete sie sich dazu, die Unterhaltung des neuen Gymnasiums jährlich mit 10 000 Mark zu bezuschussen und für dessen Anschluß an die Kanalisation Sorge zu tragen. Damit war eine wesentliche Voraussetzung für die rasche Aufnahme des Bauvorhabens geschaffen, das unter der Leitung des Kreisbauinspektors Schuchard stand. Er sollte sich dabei an Gymnasialbauten in Berlin, Dresden, Hannover und Braunschweig orientieren, die damals zu den modernsten in Deutschland zählten und über Gas-, Telegraphen- und Telefonleitungen verfügten. Weil eine Orgel in der Aula nicht fehlen durfte, wurde eine solche bei den Gebrüdern Euler in Gottsbüren, die anerkannte Hoforgelbaumeister waren, in Auftrag gegeben.

Anläßlich des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers und Königs Wilhelm I. im Januar 1886 wurde das fast fertige Gymnasium in die Illumination der Kasseler Innenstadt einbezogen. Am 1. April jenes Jahres wurde die Anstalt – sie erhielt den Namen „Wilhelmsgymnasium“ zu Ehren des damals regierenden Kaisers – ihrer Bestimmung übergeben. Zum Direktor wurde der Leiter des Eutiner Gymnasiums Dr. Friedrich Heussner bestimmt, der die Lehrbefugnis für Latein, Griechisch und Geschichte in den oberen Klassen besaß und von 1866–1878 am Friedrichsgymnasium gewirkt hatte. Positiv fielen seine wissenschaftlichen Leistungen und seine konservative Einstellung bei der Schulbehörde ins Gewicht, entsprach das doch den damaligen Wertungen im Bismarckreich. Er erhielt ein Jahresgehalt von 5 100 Mark, wozu noch

der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß kam. Erster Oberlehrer wurde der 1848 in Nauheim geborene Christian Langsdorf, der gleichfalls Altphilologe und Historiker war. Die finanzielle Situation der Anstalt sah nicht rosig aus, weil die Schulgeldeinnahme um 2286 Mark gegenüber dem Etat zurückblieb und viele Ausgaben für den Aufbau der Bibliothek und die Anschaffung von Unterrichtsmitteln anstanden.

Aus einem Bericht des Provinzialschulkollegiums an das Kultusministerium vom 23. Februar 1887 geht hervor, daß zum damaligen Zeitpunkt 13 Klassen im Wilhelmsgymnasium bestanden und zu Ostern die Einrichtung einer neuen Obertertia vorgesehen war. Mit Rücksicht auf seine anderweitigen Amtsgeschäfte übernahm der Direktor elf Unterrichtsstunden in der Woche. Der erste Oberlehrer hatte 15 und die anderen fünf Oberlehrer je 21 Pflichtstunden zu geben. Für die sieben ordentlichen Lehrer und den einen wissenschaftlichen Hilfslehrer waren je 24 Stunden vorgesehen. Nach dem Etat von 1888/89 erhielten die Oberlehrer Auth I, Praetorius, Krämer, Auth II, Püttgen, Wagner und Manns entsprechend ihrer Anciennität Jahresgehälter von 3300 bis 4500 Mark. Den ordentlichen Lehrern Zülch, Rost, Franz, Eigenbrodt, Bochröder und Bleckmann standen 1800 bis 3000 Mark zu. Das in den Akten überlieferte Zeugnis der wissenschaftlichen Prüfungskommission in Göttingen für den am Wilhelmsgymnasium tätigen Lehrer Otto Manns läßt erkennen, welche Prüfungsanforderungen an diesen gestellt wurden. In Philosophie hatte er sich mit dem philosophischen Gehalt des platonischen Symposions zu befassen. Im Fach Deutsch sollte er einige Verse des „Trojanische Krieges“ Herborts von Fritzlar hinsichtlich der Eigentümlichkeit des Dialekts erklären. Daneben mußte er nachweisen, daß er schwierige griechische und lateinische Schriftsteller verstehen und erklären und lateinisch sprechen konnte, worin er allerdings nicht sehr geübt war. Neben diesen wissenschaftlichen Erfordernissen sprechen die Akten immer wieder von den Belangen des Alltags, wozu der vergebliche Versuch des Direktors Heussner gehörte, eine passende Dienstwohnung in der dem Haupteingang des Wilhelmsgymnasium gegenüberliegenden Villa des Bauunternehmers Fiebig in der Humboldtstraße Nr. 6 zu bekommen. Daß auch schon in jener Zeit die Tätigkeit des Lehrers aufreibend war, zeigen die vielen Gesuche um die Bewilligung von Bade- und Heilkuren. Als Beispiel sei der Antrag des an einem Halsleiden erkrankten Gesangslehrers Stolzenberg genannt, dem für eine Brunnenkur eine Unterstützung in Höhe von 150 Mark bewilligt wurde. Im Oktober 1889 wurde dem Oberlehrer Praetorius das Prädikat „Professor“ als Anerkennung für seine erfolgreiche wissenschaftliche und pädagogische Tätigkeit verliehen. Die Versetzung des Oberlehrers Püttgen an das Friedrichsgymnasium hatte zur Folge, daß die Oberlehrer Wagner, Manns und Zülch um je eine Stelle im Besoldungsetat aufrückten.

Im Sommer 1890 zählte die Anstalt 483 Schüler, die sich auf sieben Oster- und neun Herbstklassen verteilten. Dafür war die Einstellung neuer Lehrer und Hilfslehrer erforderlich, was auch mit dem plötzlichen Tod des Professors Auth und der Versetzung des Oberlehrers Krämer in den Ruhestand – ihm war die Schwängerung seiner Dienstmagd vorgeworfen worden – begründet wurde. Obwohl daraufhin der Etat des Wilhelmsgymnasiums um jährlich 3000 Mark erhöht wurde, war das nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die Lage wurde zunehmend prekärer, weil inzwischen mehr als 500 Schüler die

Anstalt besuchten. Angesichts der angespannten Personallage ist es um so erstaunlicher, daß dem Lehrer Bochröder ein halbjähriger Aufenthalt in Paris gestattet wurde, um sich im Französischen weiter auszubilden. Daß im Wilhelmsgymnasium auch das gesellige Leben gepflegt wurde, zeigt sich im Bestehen eines Primaner-Gesangvereins, der seine Chorübungen mit einem Glas Bier ausklingen ließ. Teil des Schulalltags waren auch die Beschwerden von Eltern über die – wie sie meinten – ungerechte Behandlung ihrer Söhne. Dazu gehörte die Auseinandersetzung mit dem Wormser Kaufmann Lorentz, dessen Sohn mit Karzer bestraft worden war.

Als nach der Pensionierung Gideon Vogts die Direktorenstelle am Friedrichsgymnasium vakant geworden war, bewarb sich Heussner um diesen Posten. In seinem Gesuch hieß es, das Wilhelmsgymnasium habe sich unter seiner Leitung zu einer Anstalt von 18 Klassen mit ca. 500 Schülern entwickelt, während das Friedrichsgymnasium auf neun Klassen mit 280 Schülern beschränkt sei. Eine Versetzung an letzteres werde seiner angegriffenen Gesundheit besser bekommen als die nervenaufreibende Tätigkeit am Wilhelmsgymnasium. Diesem Antrag gab das Kultusministerium statt und ernannte Heussner zum Direktor des Friedrichs- und Professor Dr. Muff aus Stettin zum Direktor des Wilhelmsgymnasiums. Durch die Übersendung von sieben Sedan-Reden aus seiner Feder wußte sich Muff bei der Schulbehörde ins rechte Licht zu setzen. Er nutzte allerdings seine guten Kontakte zu den „Oberen“ auch zum Besten der ihm anvertrauten Anstalt aus, indem er eine Vermehrung der Lehrerstellen und eine verbesserte Ausstattung mit Unterrichtsmitteln erreichte.

Die große Bedeutung der Tradition im Wilhelminischen Deutschland zeigt sich am Vermächtnis des 1656 in Marburg verstorbenen Reinhard Scheffer. Er hatte den Kasseler Schulen 750 Taler unter der Voraussetzung vermacht, daß dafür den Nachkommen seines Geschlechts unentgeltlich Privatunterricht erteilt werden sollte. Unter Berufung auf diese Klausel forderte die Familie Scheffer im September 1896 Schulgeldfreiheit für zwei ihrer am Wilhelmsgymnasium befindlichen Söhne. Nach Auffassung des Provinzialschulkollegiums hatte dieser Antrag nur in bezug auf das Friedrichsgymnasium Berechtigung, weil dieses an die Stelle der früheren Gelehrtenschule getreten sei. Das Wilhelmsgymnasium sei demgegenüber eine „selbständige juristische Person“.

Die letzten Eintragungen in den vorliegenden Akten lassen erkennen, daß um 1900 das Wilhelmsgymnasium einen wichtigen Platz im Kasseler Schulleben einnahm, wobei eine gewisse Konkurrenz mit dem älteren Friedrichsgymnasium zu erkennen ist.

3. Realschule I. Ordnung und Realgymnasium

Hierzu liegen in der Repositur 76 „Kultusministerium“ folgende Akten vor:

1. „Die Realschule I. Ordnung zu Cassel“ (1868–1887)⁶.
2. „Der Etat für die Realschule I. Ordnung zu Cassel“ (1868–1895)⁷.
3. „Das Realgymnasium I zu Cassel“ (1925–1934)⁸.
4. „Allgemeine Angelegenheiten der Real-, höheren Bürger- und Stadtschulen“ (1866–1919)⁹.

Im Gegensatz zu den Gymnasien waren die Realschulen städtische Einrichtungen, wobei allerdings das Provinzialschulkollegium die Aufsicht über den Unterrichtsbetrieb unmittelbar ausübte¹⁰. Schon kurz nach der Annexion des Kurfürstentums Hessen wurde die Regulierung des dortigen höheren Schulwesens nach preußischem Muster in Angriff genommen. Am größten waren die Unterschiede bei den Realschulen. Keine der als Realschule bezeichneten kurhessischen Anstalten konnte „nach ihrer gegenwärtigen Einrichtung zu den höheren Schulen im preußischen Sinne gerechnet werden“. In Preußen gab es entweder Realschulen I. oder II. Ordnung bzw. höhere Bürgerschulen. Während in der Realschule I. Ordnung der lateinische Unterricht obligatorisch war, waren die Realschulen II. Ordnung lateinlose Anstalten. Am 26. Februar 1868 beantragten der Kasseler Stadtrat und Bürgerausschuß die Genehmigung zur Errichtung einer Realschule I. Ordnung sowie die Bestätigung des Elbinger Realschuldirektors Dr. Kreyssig als Leiter der Anstalt. Sie sollte sich von der bereits bestehenden Realschule – der späteren Realschule II. Ordnung in der Hedwigstraße – unterscheiden, die den Charakter einer gehobenen Bürgerschule mit neusprachlichem Unterricht – Englisch und Französisch – hatte. Neben dem Direktor Kreyssig sollten an der Anstalt Oberlehrer Dr. Preime, Lehrer Grebe von der Ritterakademie in Reval, Realschullehrer Dr. Wittich aus Aschersleben und der Kandidat der Theologie Vogt unterrichten. Trotz Bedenken des Kultusministeriums – es hielt Kreyssig nicht dafür geeignet, die „unter den Verhältnissen in Cassel besonders schwierige Aufgabe der ersten Organisation und Weiterführung der neuen Anstalt zu lösen“ –, erteilte ihm König Wilhelm I. das Bestallungspatent.

Unter Mitwirkung des Oberbürgermeisters Nebelthau und des Provinzialschulrats Rumpel wurden die Statuten für die neue Realschule erarbeitet. Wichtige Punkte waren hier der evangelische Charakter der Anstalt und die Mitwirkung der städtischen Behörden bei der Wahl der Lehrer. Die Aufsicht über die Schule wurde einem Kuratorium übertragen, dem neben städtischen Vertretern der Regierungsrat Scheffer als königlicher „Kompatronatskommissar“ angehörte. Nach der 1871 erfolgten Wahl Kreyssigs zum Direktor der Frankfurter Gewerbe-, Handels- und Wöhlerschule wurde Oberlehrer Preime zu dessen Nachfolger bestimmt. Auch gegen diesen hatte das Kultusministerium zunächst Bedenken, weil er außer einer Dissertation in lateinischer Sprache nichts veröffentlicht hatte und nicht über gute didaktische Fähigkeiten verfügte.

Im Dezember 1871 wurde bei der Realschule I. Ordnung eine Vorschule errichtet, für die drei Elementarlehrerstellen vorgesehen waren. Zum selben Zeitpunkt erhielt die Anstalt eine eigene Obersekunda und wurde daraufhin offiziell als Realschule I. Ordnung anerkannt. An Jahresgehältern bezogen Direktor Preime 1300, Oberlehrer Grebe 1000, die Lehrer Heuser, Wittich, Hornstein, Hölting, Zwirnmann und Stange zwischen 700 und 1000 und der Zeichenlehrer Glinzer 500 Taler. Im Sommer 1874 zählte die Anstalt 323 Schüler, die sich auf 13 Klassen verteilten. Ihr Gebäude befand sich in der Schomburgstraße, wobei man aus Sparsamkeitsgründen auf eine Dienstwohnung für den Direktor verzichtet hatte. Vorgesehen war dagegen die Errichtung einer Turnhalle. Nach dem Etat für 1873/74 verfügte die Realschule über Einnahmen in Höhe von 17760 Talern, die sich aus Zuschüssen aus der Regierungshaupt- und der Stadtkasse, Aufnahme-, Schul- und Austrittsgeldern

und Zinsen von Kapitalien zusammensetzten. Das Schulgeld war nach den einzelnen Klassenstufen gestaffelt. Während ein Schüler in der untersten Klasse nur 16 Taler bezahlen mußte, betrug das Schulgeld in Klasse I 30 Taler. Die Ausgaben der Anstalt bestanden aus Verwaltungskosten, den Aufwendungen für Unterrichtsmittel, Heizung und Beleuchtung und den Besoldungen der Lehrer, die mit ca. 15000 Talern über vier Fünftel der Gesamtausgaben ausmachten. Wie streng die Maßstäbe des Unterrichts waren, zeigt sich darin, daß von 26 Schülern der Untersekunda nur 16 als reif zur Versetzung nach Obersekunda befunden wurden. Im Herbst 1874 fand die erste Abiturientenprüfung mit elf Oberprimanern statt.

Aufschlußreich sind die in den Akten enthaltenen Angaben über die Vorbildung einzelner Lehrer der Anstalt. So hatte Dr. Wittich 1864 – also noch in kurfürstlicher Zeit – die wissenschaftliche Prüfung in Marburg bestanden, wurde dann bei der Realschule in Aschersleben angestellt und wechselte 1869 an die neugegründete Realschule I. Ordnung in Kassel über, wo er Latein, Deutsch und Geschichte unterrichtete. Dr. Hornstein hatte in Göttingen die *facultas docendi* erworben und erteilte den gesamten naturwissenschaftlichen Unterricht in Prima und Sekunda. Dr. Siebert hatte die theologische Prüfung abgelegt und danach die Lehrbefähigung für Religion, Philosophie, Lateinisch und Griechisch erlangt. Durch die Pensionierung alter und den Eintritt neuer Lehrkräfte kam es immer wieder zu Veränderungen im Lehrerkollegium. Allein 1875 traten fünf neue Lehrer in die Anstalt ein, worunter sich der in Danzig geborene und an der Hamburger Realschule „Talmud Tora“ tätig gewesene Johannes Wilde befand.

Das Provinzialschulkollegium hob in seinen Berichten wiederholt die positive Entwicklung der Realschule I. Ordnung hervor. Ende 1875 wurde sie von 460 Schülern besucht, darunter 324 Einheimische, 114 Auswärtige und 24 Ausländer. 49 waren Juden. Im März 1877 wurde Dr. Preime als Anerkennung für die Vorbereitung des Prinzen Heinrich von Preußen auf das Marine-Eintrittsexamen mit dem Roten Adlerorden IV. Klasse dekoriert.

Gelegentlich enthalten die Revisionsberichte Hinweise auf die räumliche und sächliche Ausstattung der Anstalt. Sie wurde im allgemeinen als ausreichend bezeichnet. Bemängelt wurde dagegen die Lage des Schulgebäudes an einer Straße mit starkem Wagenverkehr. Die störenden Geräusche sollten durch eine andere Pflasterung der Straße beseitigt werden. Lobend hoben die Revisoren die Veröffentlichungstätigkeit einzelner Lehrer hervor. So habe Dr. Hornstein inzwischen die vierte Auflage seines Lehrbuchs für Mineralogie und Oberlehrer Zwirnmann eine deutsche Übersetzung des Gallischen und des Bürgerkrieges von Caesar publiziert.

Wie engstirnig aus heutiger Sicht die Staatsbehörden die Rechte und Freiheiten der Lehrer beschnitten, zeigt sich in der dem Oberlehrer Wittich versagten Genehmigung, die Wahl in den Gemeindevorstand der Stadt Kassel anzunehmen. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß Wittich durch die Annahme eines öffentlichen Amtes nicht mehr in der Lage sei, seinen Aufgaben und Pflichten als Lehrer nachzukommen. Obwohl die Stadt auf die noch rechtsgültige Gemeindeordnung von 1834 hinwies, nach der Lehrer ohne Unterschied für den Bürgervorstand und Stadtrat wählbar waren, blieb das Kultusministerium bei seiner Entscheidung. Nach dem unerwarteten Tod Preimes im Juni 1882 – er hatte sich eine Blutvergiftung infolge eines Karfunkels zugezogen –

mußte die vakante Direktorenstelle der inzwischen als Realgymnasium bezeichneten Anstalt wieder besetzt werden. Damit tat man sich besonders schwer, weil der einzige dafür in Betracht kommende Bewerber, Dr. Wittich, wegen seines Engagements im politischen und öffentlichen Leben das Mißtrauen der Schulbehörde erweckt hatte. Obwohl er auf dem Boden des nationalliberalen Wahlprogramms stehe, habe er bei Stichwahlen immer für die Fortschrittspartei votiert. Auch seine Zugehörigkeit zur hessisch-reformierten Kirche wurde negativ vermerkt. Lediglich der Befürwortung seitens der Stadt Kassel hatte er seine Ernennung zum Direktor im April 1883 zu verdanken. Unter seiner Leitung pendelte sich die Schülerzahl der Anstalt auf über 500 ein, worunter 8,5 Prozent Juden waren. Das Durchschnittsalter der Abiturienten betrug 18,9 Jahre. Von den Ostern 1890 entlassenen 34 Abiturienten des Realgymnasiums wollten 5 neuere Sprachen, 4 Naturwissenschaften, 3 Medizin, 3 das Ingenieur- und Bergfach und 4 Ökonomie studieren. 11 wollten in die Post- oder Steuerverwaltung und 2 in den Offiziersstand eintreten.

Interessant ist auch die soziale Herkunft der Schüler. Von 38 Prozent waren die Väter Landwirte, Kaufleute und Industrielle, 34 Prozent stammten aus subalternen Beamten- und Handwerkerfamilien, 11 Prozent waren Söhne höherer Beamter, und von 4 Prozent waren die Väter Offiziere.

Nach Aussage des Revisionsberichts vom 8. Januar 1903 hatte sich die Trennung der Oberklassen in zwei Parallelabteilungen bewährt. Bemängelt wurde dagegen die unzureichende Schulzucht, die sich in der häufigen Vereinigung der Primaner zu Trinkgelagen offenbare. 19 Schüler hätten mit Karzer und dem *consilium abeundi* bestraft werden müssen. Störend seien auch die Mißhelligkeiten zwischen den Professoren Schantz und Ulrici gewesen, die man durch die Versetzung des letzteren an die Oberrealschule behoben habe. Zum Nachfolger des Direktors Wittich wurde im Herbst 1904 der Leiter des Reformrealgymnasiums in Lüdenscheid, August Schulte-Tigges, berufen. Wie die Revisoren bemerkten, zeichnete er sich durch „ernste Berufsauffassung und gewissenhafte Pflichttreue“ aus und bemühte sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger um ein gutes Einvernehmen mit den städtischen Behörden. Als besonders tüchtig wurden die Professoren Heydenreich, Peters und Krüger und die Oberlehrer Dithmar und Kratsch bezeichnet. Dagegen hielt man die „durchschnittliche Begabung der Schüler nur für eine mittlere“. 1906 besuchten ca. 600 Schüler die Anstalt, deren Räumlichkeiten für diesen Andrang nicht mehr ausreichten. Der Direktor beantragte daher bei den städtischen Behörden die Errichtung eines Neubaus, der nach längeren Verhandlungen auf einem Grundstück an der Wilhelmshöher Allee errichtet und im Juni 1911 bezogen wurde. Seine Einrichtungen trugen besonders dem naturwissenschaftlichen Unterricht Rechnung, der in der in ein Reformrealgymnasium umgewandelten Anstalt neben den neueren Sprachen und Latein eine wichtige Rolle spielte. Daran war Direktor Schulte-Tigges nicht unwesentlich beteiligt, der „neue Ideen über den Inhalt und die Methode des mathematischen Unterrichts mehr zur Geltung“ bringen wollte. Auch der Turnunterricht wurde stark gefördert, was die große Zahl der im Realgymnasium vorhandenen Turnlehrer, insgesamt neun, belegt.

Für Unruhe sorgte die Entdeckung einer Schülerverbindung, deren Teilnehmer mit Karzer bestraft wurden. Mißfällig vermerkte man, daß die Primaner, denen der Besuch bestimmter Gasthäuser in der Stadt erlaubt war, auch die

ihnen nicht gestatteten Lokale aufsuchten. Ein literarisches Schülerkränzchen wurde aufgelöst, weil es „keine nennenswerte erzieherische Kraft bewiesen hatte“. Viele Mißstände schrieb man der zunehmenden Neigung der Schüler zu, „übermäßigen Aufwand zu treiben“, was manche Eltern noch unterstützten.

Abschließend sei noch kurz der Inhalt der Akte über das Realgymnasium I zwischen 1925 und 1934 referiert. Erwähnenswert ist darin eine von Schultetiggies verfaßte Denkschrift über die „zukünftige Gestaltung der Anstalt“, in der er sich für eine stärkere Spezialisierung der Schüler auf die Naturwissenschaften oder auf die neueren Sprachen innerhalb des Realgymnasiums aussprach. Man sollte daher die Anstalt von Untersekunda an in zwei Zweige gabeln, „von denen der eine dem Lehrplan des Reformrealgymnasiums, der andere dem der Oberrealschule folgt“. Dieser Plan wurde unter der Voraussetzung, daß es sich zunächst nur um eine versuchsweise Einrichtung handele, in Berlin gebilligt.

Von Interesse ist auch der Visitationsbericht des Ministerialrats Richert vom Februar 1929, der u. a. das Wegfallen der Plus- und Minuszeichen in den Zeugniskladden forderte, für nicht mehr vertretbar hielt, daß neun der 26 festangestellten Lehrer außerhalb der Schule in Anspruch genommen wurden, eine philosophische Arbeitsgemeinschaft vermißte und die Frage der körperlichen Züchtigung zur Sprache brachte.

Die letzten Eintragungen der Akte stammen aus der NS-Zeit und lassen erkennen, in welchem Maße der Studienassessor Dr. Erich Mohr, er war gleichzeitig Sturmbannführer der SA, gefördert wurde. Er wurde sogar zu einer Honorarprofessur für Kriegsgeschichte und Wehrpolitik an den Universitäten Marburg oder Frankfurt vorgeschlagen.

4. Realschule II. Ordnung und Oberrealschule

Dabei handelt es sich um zwei Akten aus den Jahren 1865–1898¹¹, die durch die „allgemeinen Angelegenheiten der Real-, höheren Bürger- und Stadtschulen“ aus den Jahren 1866–1919 ergänzt werden. Nach dem Bericht des Regierungsrats Kretschel an das Kultusministerium vom 29. Dezember 1868 bestand seit 1843 in Kassel eine Real- und Bürgerschule, die ein eigenes Schulgebäude in der Hedwigstraße besaß. Sie habe jetzt drei Elementar-, fünf Real- und sechs Parallelklassen und entlasse in der Regel ihre Schüler im 15. bis 16. Lebensjahr. Die insgesamt 613 Schüler würden von neun ordentlichen Real- und fünf definitiv bestellten Elementarlehrern unterrichtet. Das Gebäude entspreche den vorschriftsmäßigen Bestimmungen und enthalte „die erforderlichen Localitäten in ausreichender Anzahl“. Mit der Trennung der 1. Klasse in eine kaufmännische und eine technische Abteilung habe man zwar dem praktischen Bedürfnis Rechnung tragen wollen, dabei aber nicht bedacht, daß sich das auf die Erreichung des allgemeinen Unterrichtsziels nachteilig auswirke. Nach Einführung der preußischen Unterrichtsverwaltung sei man im Zweifel gewesen, „ob die Schule den Charakter einer höheren oder niederen Unterrichtsanstalt erhalten solle“, habe sich dann aber dazu entschlossen, sie auf gleiche Stufe mit einer höheren Bürgerschule zu bringen. Damit sollte das Recht der Zulassung zum einjährigen Militärdienst verbunden sein. Der von dem Rektor Dr. Grebe entworfene Lehrplan weiche von der Unterrichtsordnung für die höheren Bürgerschulen durch den Ausschluß des Lateinischen

wesentlich ab, womit man dem Interesse von Handel und Gewerbe, das auf neuen Sprachen und mathematischen und naturkundlichen Disziplinen beruhe, stärker entsprechen wolle.

Verbindlich für die Abgangsprüfung der Anstalt wurde die Prüfungsinstruktion für die höhere Bürgerschule in Hannover. Das erste in dieser Form durchgeführte Examen ließ erkennen, „daß mit Verständnis und ernstem Fleiß gearbeitet worden war“. Das Provinzialschulkollegium hielt jedoch „das Thema über Carl XII. von Schweden für den deutschen Aufsatz bei einer Maturitätsprüfung nicht recht geeignet, da es wenig mehr als die Relation einer historischen Lectüre verlange und nicht genug Gelegenheit gebe, selbständiges Nachdenken zu beweisen“. Außerdem forderte es, „daß das Praedicat den Schluß des Urtheils über das in den einzelnen Gegenständen Erreichte“ bilden und die Zeugnisse von der ganzen Prüfungskommission der Anstalt unterzeichnet werden sollten. Weil sich Dr. Roemer durch gründliche Kenntnisse, großen Fleiß und gutes Lehrgeschick auszeichnete, wurde er im August 1870 zum Oberlehrer ernannt. Neben ihm waren damals an der von Rektor Dr. Grebe geleiteten Anstalt die ordentlichen Lehrer Röse, Klinckerfues, Heuser, Kessler, Wachenfeld und Wiegand und die Elementarlehrer Zinn, Kothe, Stern, Heimerich und Heidenreich tätig. Der Turnunterricht lag in den Händen des in der Zentralturanstalt geprüften Turnlehrers Boppenhausen.

Nach der im Februar 1871 erfolgten Pensionierung Grebes – er erhielt ein jährliches Ruhegehalt von 823 Talern zugebilligt, wobei seine Tätigkeit als Privatdozent in Marburg mitberücksichtigt wurde –, wurde der 36jährige Gymnasiallehrer Dr. Karl Buderus aus Hersfeld zum Rektor ernannt. Er besaß die Lehrbefähigung für Mathematik und Naturwissenschaften in den oberen und für Geographie in den mittleren Klassen und hatte auch die Prüfung als Turnlehrer abgelegt. Gustav Adolf Wachenfeld gehörte gleichfalls zu den Lehrern mit höherem akademischen Niveau, was seine gedruckte Inaugural-Dissertation „über die politischen Beziehungen zwischen Brandenburg und Hessen-Cassel bis zum Augsburger Religionsfrieden“ belegt.

Die damals offiziell noch als „höhere Bürgerschule“ bezeichnete Anstalt verfolgte das Ziel, den Söhnen des niederen Mittelstandes höhere Schulbildung zugänglich zu machen. Weil ihr Lehrplan im allgemeinen dem der Realschule II. Ordnung ohne Latein entsprach – lediglich die Kursusdauer der Prima war von einem auf zwei Jahre auszudehnen – befürwortete das Provinzialschulkollegium eine entsprechende Statusänderung der Anstalt. Dazu war man aber in Berlin zunächst nicht bereit und genehmigte lediglich die Verleihung des Direktortitels an den Rektor Buderus. Darüber hinaus wurde ihm wenig später das Prädikat „Professor“ zuerkannt. Nach Auffassung des Kultusministeriums waren die größten Mängel der Kasseler höheren Bürgerschule ihre Überfüllung, die verhältnismäßig große Zahl untüchtiger Lehrer und ihre zu hoch gesteckten Unterrichtsziele, weil die Schüler den unteren und mittleren Gesellschaftsschichten angehörten und wenige Vorkenntnisse von Haus aus mitbrächten. Erst im Juni 1879 – nach Abtrennung der Vorschulklassen und der Herstellung des Verhältnisses der wissenschaftlichen zu den seminaristisch gebildeten Lehrern von 15 zu 4 – wurde die Umwandlung der Anstalt in eine lateinlose Realschule II. Ordnung offiziell genehmigt. Damit waren höhere Gehälter und Wohnungsgeldzuschüsse an die Lehrkräfte verbunden.

An weiteren Mitteilungen enthalten die Akten die für das Schuljahr 1884/85 vorgesehene Teilung der Unterprima in zwei Klassen, die Umwandlung zweier ordentlicher Lehrer- in Oberlehrerstellen, die Verleihung des Roten Adlerordens IV. Klasse an den Oberlehrer Hermann Kessler und die Einführung einer neuen Gehaltsskala für die wissenschaftlichen Lehrkräfte der Realschule – die Bezüge staffelten sich vom jüngsten ordentlichen Lehrer Meinhoff mit jährlich 1800 bis zum ältesten Oberlehrer Ackermann mit 4500 Mark. Dem Ende 1888 erstellten Revisionsbericht ist zu entnehmen, daß inzwischen der Direktor Buderus, der ordentliche Lehrer Ide und der Elementarlehrer Heidenreich gestorben waren. Die Tüchtigkeit der Lehrer Merkelbach (Mathematik und Naturwissenschaft) und Dr. Quiehl (Französisch, Englisch, Turnen) wurde besonders hervorgehoben. Zwischen 1885 und 1888 legten 46 Oberprimaner das Abitur an der Anstalt ab. Die Lehrerbibliothek umfaßte 1920 Bände, und auf Kosten der Stadt war eine große dynamo-elektrische Maschine mit Nebenapparaten angeschafft worden.

Mit dem im April 1888 zum Direktor ernannten bisherigen Oberlehrer Dr. Karl Ackermann erhielt die Realschule einen besonders fähigen Leiter. Er war noch in kurfürstlicher Zeit 1864 zum Lehramt an Gelehrtenschulen zugelassen worden und hatte als Vertreter von Buderus viele praktische Erfahrungen in der Schulverwaltung sammeln können. Mit großem Geschick löste er die Aufgabe, nach der Auflösung der Königlichen Handels- und Gewerbeschule die fünf Klassen der mit dieser Anstalt verbunden gewesenen höheren Bürgerschule in Realschulklassen umzuwandeln. Diese bildeten den Grundstock für die Neue Realschule, die Ostern 1889 unter der Leitung Dr. Karl Quiehls als selbständige Anstalt abgetrennt wurde und bis 1898 im Gebäude der späteren Kunstgewerbeschule am Friedrich-Wilhelms-Platz untergebracht war. Ostern 1898 siedelte die inzwischen in eine Oberrealschule umgewandelte Realschule II. Ordnung aus der Hedwigstraße in den Neubau an der Kölnischen Straße über und gab ihre dritten Parallelklassen an die Neue Realschule ab, die ihrerseits das alte Gebäude in der Hedwigstraße bezog. Sie war seit 1906 eine in der Entwicklung zur Oberrealschule begriffene Anstalt – davon ist der „Eimer“ abgeleitet – und erhielt nach der ersten Reifeprüfung Ostern 1909 die ministerielle Anerkennung und die Bezeichnung Oberrealschule II.

Die Oberrealschule I hatte sich nach Aussage des Revisionsberichts für die Jahre 1893 bis 1895 erfreulich entwickelt und umfaßte fast 650 Schüler in insgesamt 21 Klassen. Zum Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen pensionierten Direktors Dr. Ackermann wurde im April 1895 Dr. Quiehl berufen, der bisher die Neue Realschule geleitet hatte und durch Reformen im neusprachlichen Unterricht, die die gesprochene Fremdsprache in den Mittelpunkt stellten, über die Grenzen Kassels hinaus bekannt werden sollte. Als er sein Amt in der OR I antrat, setzte er sich energisch für die Verjüngung des Lehrkörpers ein, weil einige der älteren Lehrer nicht mehr voll leistungsfähig waren. So litten Professor Seibt an Zuckerkrankheit, Oberlehrer Zimmermann an hochgradiger Nervosität, Dr. Lehmann an der Lunge, Hasselbaum an den Augen und Bächt am Magen. Ein weiterer Nachteil war, daß die Hilfs- und Elementarlehrer an der Anstalt überrepräsentiert waren. Die Stadt Kassel lehnte jedoch die Schaffung dreier weiterer Oberlehrerstellen mit der Begründung ab, daß die Schule ihre hohe Schülerfrequenz nach ihrer Verlegung von der Hedwigstraße an eine „ziemlich abgelegene Stelle der Kölnischen Allee“ nicht mehr halten könne.

Nach Aussage des erwähnten Revisionsberichts herrschte unter den Schülern im allgemeinen ein guter Ton. Erhebliche Verstöße gegen die Schulzucht seien nur in geringer Zahl vorgekommen. Besondere Erwähnung fand die Veranstaltung einer Gedenkfeier anlässlich des 50jährigen Bestehens der Schule, wobei an die am 1. April 1843 neu gegründete lateinlose Real- und Bürgerschule in Kassel angeknüpft wurde.

In den Akten des Kultusministeriums ist der Bau des neuen Schulgebäudes in der Kölnischen Straße ausführlich dokumentiert. An dem vorliegenden Bauplan hatte der Geheime Baurat Hinckeldeyn die ungünstige Lage der meisten Klassenräume bemängelt, die ausschließlich Licht von Norden erhalten würden. Man müsse daher wenigstens „den an den Ecken der Nordfront belegenen Klassen je ein Fenster an der Giebelseite geben, welches während der Unterrichtszeit durch Läden oder Vorhänge abzublenden sei, sonst aber dem Sonnenlicht Zutritt gewähre“. Nachteilig sei auch die ungenügende Erhellung des Mittelgangs zwischen den Treppenhäusern. Dem könne man durch Anbringung hochliegender Fenster in den Wänden, die die Räume des südlichen Mittelbaus abschließen, abhelfen. Außerdem empfahl Hinckeldeyn, die Klassenzimmer mit eichenen Riemen zu dielen und die Dachflächen mit Falzziegeln zu decken. Besonders schwierig gestalteten sich die Fragen der Überdeckung der Klassenräume und der Bestimmung der Mauerstärken, weil hier baupolizeiliche und allgemein bautechnische Aspekte auf einen Nenner zu bringen waren. Nach Abschluß dieser Vorerwägungen wurde im Juni 1896 mit den Bauarbeiten begonnen. Am 19. April 1898 fand die Einweihung des Gebäudes statt. An die Schulfest in der Aula schloß sich am Abend ein Festessen in den Räumen des Lesemuseums am Ständeplatz an. Im Bericht des Provinzialschulkollegiums hieß es, mit diesem Neubau habe sich die Stadt Kassel „ein ehrenvolles Denkmal“ gesetzt. „Der Bau ist trefflich aufgeführt, mit den erforderlichen Lehrzimmern, Zeichensaal, gesonderten Unterrichtsräumen für Physik, Chemie und Naturbeschreibung, mit einer Turnhalle, Aula und Räumen für die Bibliothek und die reichhaltigen Lehrmittel-Sammlungen versehen, auch in jeder Beziehung so ausgestattet, daß den Forderungen der Schulhygiene wie der Technik vollkommen Rechnung getragen wird.“ Wie es damals im Wilhelminischen Kaiserreich üblich war, erhielten Direktor Quiehl und der älteste Oberlehrer, Professor Feitel, den Roten Adlerorden IV. Klasse verliehen. Dem Schuldiener Wilhelm Bauerhenne wurde für seine fast 25jährige Tätigkeit an der Anstalt das allgemeine Ehrenzeichen zuerkannt. Dabei wurde berücksichtigt, daß Bauerhenne als Unteroffizier an den Kriegen von 1866 und 1870, u. a. an der Schlacht bei Sedan, teilgenommen hatte.

Dem folgenden Revisionsbericht aus dem Jahre 1903 ist zu entnehmen, daß die Oberrealschule in der Kölnischen Straße einen positiven Aufschwung nahm. Die Schüler seien im allgemeinen gut zu leiten. „Sind sie auch nach dem Charakter der Bevölkerung, aus der sie stammen, etwas schwerfällig und wortkarg, so sind sie andererseits, gutmütig, bieder und zuverlässig.“ Turnen, Bewegungsspiele und im Sommer Baden und Schwimmen würden eifrig geübt. Von den Schülern der oberen Klassen seien 70 Prozent Freischwimmer. Als nützlich habe sich die Besichtigung einer Anzahl Fabriken durch Schüler der Obersekunda und der Prima erwiesen. Seit 1906 besaß die Anstalt Doppelklassen von Sexta bis Oberprima.

Immer wieder sprechen die Akten von den großen Verdiensten des Direktors Quiehl, der inzwischen über ein besonders tüchtiges Lehrerkollegium verfüge. Der letzte in der Repositur 76 „Kultusministerium“ überlieferte Bericht des Provinzialschulkollegiums vom 30. Mai 1911 erwähnt eine Schülerzahl von 618 und gibt das Verhältnis der einheimischen zu den auswärtigen Schülern mit etwa 8 zu 1 an. Hinsichtlich der Unterrichtsergebnisse liege die OR I mit an der Spitze unter den Oberrealschulen der Provinz Hessen-Nassau. Mit der Gründung eines Turn- und Rudervereins habe man der Neigung der Schüler, sich zu unerlaubten Vereinigungen zu verbinden, entgegengewirkt. Außerdem gebe es einen Wasserballklub und eine Abteilung des Vereins „Alt-Wandervogel“ an der Anstalt. Das Lehrerkollegium zähle 28 ordentliche Mitglieder. Alle wissenschaftlichen Lehrer besäßen zumindest in zwei Fächern die Lehrbefähigung für die Oberstufe. Neun hätten sogar die *facultas docendi* in drei oder noch mehr Fächern. Der älteste Oberlehrer sei 55, der jüngste Lehrer 28 Jahre alt. Direktor Quiehl leite die Anstalt „mit Ruhe und Festigkeit“, was dem dortigen Unterrichtsbetrieb Gleichmaß und Stabilität verleihe. So könne man getrost in die Zukunft blicken.

Schwieriger gestalteten sich dagegen die Verhältnisse in der Oberrealschule II in der Hedwigstraße, weil hier wegen der nicht ausreichenden Zahl der ordentlichen Lehrer verstärkt auf Probe- und Seminarkandidaten zurückgegriffen werden mußte. Ein weiteres Erschwernis war der Weggang des dortigen Direktors Dr. Harnisch an das Realgymnasium in Kiel, der allerdings in dem Leiter der Oberrealschule in Wilhelmshaven, Dr. Dewitz, einen fähigen Nachfolger hatte. Im Gegensatz zur OR I war in der OR II der Anteil der auswärtigen Schüler größer, weil diese Anstalt in stärkerem Maße von Schülern aus nicht in Kassel eingemeindeten Vororten besucht wurde. Die schlechteren Versetzungsergebnisse erklärten sich daraus, daß die Schüler zumeist aus den weniger gebildeten Kreisen der Kasseler Bevölkerung stammten. Für den fortschrittlichen Geist der Anstalt sprach, daß sie mit Dr. Hess den ersten an einer höheren Schule Kassels angestellten jüdischen Lehrer besaß. Die drängenden Raumprobleme der OR II hoffte man, durch einen Neubau, für den der Platz bereits bestimmt war, beheben zu können. Dieser konnte im Oktober 1913 in der Ysenburgstraße am Wesertor bezogen werden. Bereits vor diesem Umzug hatte sich aus Schülern und Lehrern der Oberrealschule II eine neue Realschule gebildet, die 1911 in die Schomburgstraße zog und sich dort in den folgenden Jahren zum Realgymnasium II entwickelte. So war das Kasseler Realschulwesen bereits vor dem Ersten Weltkrieg gut entwickelt, was den Interessen der sich allmählich zu einer Industriestadt entwickelnden Residenzstadt Kassel entsprach.

5. Pädagogisches Seminar für höhere Schulen in Kassel

In der Repositur des Kultusministeriums liegt eine Akte über das pädagogische Seminar aus den Jahren 1884–1903 vor¹². Im Mai 1884 begründete das Ministerium seine Absicht, pädagogische Seminare, die es bisher nur in den Provinzen Posen und Westpreußen gab, auch in Hessen-Nassau einzurichten. Dafür kam vor allem Kassel, das Sitz des Oberpräsidenten dieser Provinz war, in Betracht. In dem pädagogischen Seminar sollte die pädagogisch-didaktische Ausbildung mit den Studien und Arbeiten „auf dem Gebiete der besonderen

Fachwissenschaft der einzelnen Kandidaten Hand in Hand gehen“. Dem 1885 eröffneten Seminar wurden ein Jahresetat von 4950 Mark und als Lokalität das Sitzungszimmer des Provinzialschulkollegiums zur Verfügung gestellt. Nach Aussage der 16 Paragraphen seines Statuts wurde die Leitung dem mit der Bearbeitung der Angelegenheiten der höheren Schulen betrauten Schulrat des Provinzialschulkollegiums übertragen. Das Seminar hatte sechs Mitglieder, über deren Aufnahme der Seminardirektor entschied. Die Aufnahme eines Kandidaten in das Seminar erfolgte für ein Jahr, in der Regel zu Ostern. Einmal wöchentlich – abgesehen von den Schulferien – sollte eine zweistündige Sitzung stattfinden, die für die methodische und didaktische Kritik der von den Kandidaten eingereichten Abhandlungen verwendet werden sollte. Jedes Seminarmitglied erhielt ein jährliches Stipendium in Höhe von 600 Mark, das in vierteljährlichen Raten ausgezahlt wurde. Beim erfolgreichen Ausscheiden aus dem Seminar wurde für den Kandidaten ein Zeugnis ausgestellt.

Erste Mitglieder des Seminars waren Dr. Paul Lohberg aus Liebenstein (Lehrbefähigung für Mathematik und Physik), Heinrich Sandrock aus Hersfeld (Lateinisch und Griechisch in allen Klassen, Deutsch bis Obersekunda), Adolf Weyh aus Schmalkalden (Mathematik, Physik und Zoologie), Dr. Richard Erxleben aus Stendal (Griechisch in allen Klassen, Lateinisch und alte Geschichte bis Obersekunda), Karl Meinhoff aus Grabow in Mecklenburg-Schwerin (Französisch, Englisch und Deutsch) und Ludwig Thies aus Rodamberg im Kreis Obertaunus (Lateinisch, Griechisch und alte Geschichte). Lohberg referierte über das Archimedische Prinzip, Sandrock über die Perthessche Methode des lateinischen Unterrichts, Weyh über Buntsandsteinformationen in der Umgegend von Schmalkalden, Erxleben über eine Ovidlektion in Untertertia und Meinhoff über Vergleiche in den altfranzösischen Chansons de geste. Daneben mußten die Kandidaten regelmäßig Probelektionen im Schulunterricht veranstalten, über deren Ergebnis der Seminardirektor an das Provinzialschulkollegium berichtete. Gelegentlich nahmen die Leiter der Kasseler Gymnasien als Beobachter an den Seminarsitzungen teil. Erwähnenswert ist die 1891/92 verzeichnete Zugehörigkeit des jüdischen Kandidaten Dr. Max Levy zum pädagogischen Seminar in Kassel. 1894 wurde ein neues Statut für diese Einrichtung erlassen, das der methodischen und didaktischen Ausbildung der Kandidaten stärker entsprach.

Die Protokolle des Seminars verdeutlichen, daß sich allmählich ein stärkeres Gewicht der Kandidaten auf Realanstalten gegenüber denen auf humanistischen Gymnasien abzeichnete. Dieser Entwicklung wurde durch die 1907 erfolgte Einrichtung eines mit der Oberrealschule I verbundenen pädagogischen Seminars Rechnung getragen.

Insgesamt lassen die hier präsentierten Akten des Kultusministeriums den sich nach 1866 – d. h. unter preußischer Herrschaft – kontinuierlich vollziehenden Aufschwung des Kasseler höheren Schulwesens erkennen. Besonders beachtlich war das Blühen der städtischen Realanstalten, das vor allem im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung Kassels zwischen 1870 und 1914 gesehen werden muß.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Klein, Thomas: Hessen-Nassau von der Annexion zur Integration. – In: Staatsgedanke und Landesbewußtsein in den neupreußischen Gebieten. Hrsg. von Hans Patze (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg, Ulm 1985, S. 19–55.
- 2 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (abgek. GStAPK), I. HA Rep. 76 VI 35a, Nr. 1, Bd. I-VII.
- 3 GStAPK, I. HA Rep. 76 VI 35d, Nr. 9, Bd. II.
- 4 GStAPK, I. HA Rep. 76 VI 35z, Nr. 7, Bd. I und II.
- 5 Rep. 76 VI 35z, Nr. 14, Bd. I und II; Rep. 76 VI 35d, Nr. 10, Bd. I und II.
- 6 Rep. 76 VI 35aa, Nr. 8, Bd. I.
- 7 Rep. 76 VI 35g, Nr. 18.
- 8 Rep. 76 VI 35aa, Nr. 8, Bd. III.
- 9 Rep. 76 VI 35aa, Nr. 1, Bd. I-III.
- 10 Vgl. Die Verwaltung der Residenzstadt Cassel in den Jahren 1908 bis 1911, hrsg. im Auftrage des Magistrats vom Statistischen Amte der Residenzstadt, Kassel 1913, S. 380.
- 11 Rep. 76 VI 35aa, Nr. 24, Bd. I und Rep. 76 VI 35d, Nr. 11.
- 12 Rep. 76 VI 35bb, Nr. 1, Bd. I.